

RESTRICTED

Interrogation No. 1245

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1948/56

Vernehmung des Konrad MEYER-HEYLING  
am 19.5.1947 von 14,00 - 15,00 Uhr  
durch: Mr. Fred KUBELA  
auf Antrag von Mr. E.H.SCHWENK - SS-Section  
Stenografin: Frl. Marianne Scheller

1. F. Was ist Ihr voller Name?

A. Konrad MEYER-HEYLING!

2. F. Stehen Sie auf, Erheben Sie Ihre rechte Hand und wiederholen Sie den Eid:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die  
reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde,  
so wahr mir Gott helfe.

A. Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die  
reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde,  
so wahr mir Gott helfe.

3. F. Sie wissen, dass Unterlassungen in Ihrer Aussage unter Eid als ebenso  
schwere Miderverletzung betrachtet wird, wie eine falsche Aussage unter  
Eid.

A. Ja.

4. F. Wann sind Sie geboren?

A. Am 15. Mai 1901 in Salderhelden Kreis Einbeck.

5. F. Welche Schulen besuchten Sie?

A. Von 1907 - 1910 die Volksschule in Salderhelden. Von 1911 - 1919 das  
Realgymnasium mit Abitursabschluss in Einbeck. Anschliessend einundein-  
halbes Jahr, also bis Herbst 1921, landwirtschaftliche Lehre. Bis 1925  
Studium der Landwirtschaft, Botanik und Volkswirtschaft an der Universi-  
taet Goettingen und Promotion zum Doktor phil. 1925 - 1927 als landwirt-  
schaftlicher Beamter in der Naeh von Breslau/Schlesien; davon das letzte  
halbe Jahr auf dem gleichen Gut - einem Versuchsgut - als wissenschaft-  
licher Assistent des Instituts fuer Pflanzenbau bei der Universitaet  
Breslau. Vom Herbst 1927 - 1930 wissenschaftlicher, planmaessiger Assistent

an der Universität Göttingen; zugleich Vollendung botanischer und volkswirtschaftlicher Studien. 1930 Habilitation zum Lehrberechtigten auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Von 1930 - 1934 Privatdozent in Göttingen. 1934 Berufung an die Universität Jena.

6. F. Waren Sie im ersten Weltkrieg eingezogen?

A. Nein, nur zum Hilfsdienst 1918.

7. F. Wann sind Sie in die Partei eingetreten und welche Mitgliedsnummer hatten Sie?

A. Mein Eintritt erfolgte 1932 mit der Mitgliedsnummer 969.000.

8. F. Welchen anderen der NSDAP angeschlossenen Organisationen gehörten Sie an?

A. Der SS, dem NS-Dozentenbund und dem NS-Altherrenbund.

9. F. Wann sind Sie in die SS eingetreten und welche Mitgliedsnummer hatten Sie?

A. Im Winter 1933/34 mit der Mitgliedsnummer 76.000.

10. F. Geben Sie mir Ihre berufliche Tätigkeit seit 1933 an.

A. Zur Zeit der Machtübernahme, 1933, war ich Privatdozent fuer Landwirtschaft in Göttingen. mit meiner Berufung nach Jena 1934 bekam ich zugleich vom damaligen Preussischen Kultusministerium den Auftrag, die Organisation der landwirtschaftlichen Forschung zu foerdern bzw. Vorschlaege zu machen ueber den Ausbau der Landwirtschaft usw. - In den Jahren 1932 bis 1933 waren eine Reihe Kroerterungen ueber deren Aenderung und Ausbau angestellt worden. - Durch diese Foetigkeit bin ich von der im Jahre 1931 geschaffenen Reichsarbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Wissenschaften zum Vorsitzenden gewaehlt worden. Diese Reichsarbeitsgemeinschaft habe ich dann zum sogenannten "Landwirtschaftlichen Forschungsdienst" ausgebaut. Dieser landwirtschaftliche Forschungsdienst hat gleichzeitig die Funktionen der landwirtschaftlichen Fachparte im Reichsforschungsrat waehrgenommen. Im Herbst 1934 wurde ich auf den landwirtschaftlichen Lehrstuhl der Universitaet Berlin berufen und bin dort fast bis zum Kriegsende geblieben.

11. F. Waren Sie waehrend des letzten Krieges eingezogen?

A. Ja. Im Herbst 1944 bin ich noch zur waffen-SS eingezogen worden, als SS-Mann. Besuchte die Junkerschule und wurde dann zum Obersturmfuehrer befoerdert.

12. F. Welche Ehrenauszeichnungen von Parteiorganisationen erhielten Sie?

A. Keine.

13. F. Geben Sie mir Ihre politische Laufbahn seit 1933 an.

A. Ich habe in der Partei kein Amt gehabt, da ich ansich Wissenschaftler war und auch bleiben wollte. In die SS bin ich mehr korporativ gekommen dadurch, dass die meisten Bauernführer auf Veranlassung von BARKER in die SS aufgenommen wurden. Ich habe auch in den Gliederungen der SS weder eine Befugnis noch Befehlsgewalt ausgeübt oder ein Amt geleitet. Meine Tätigkeit bis 1939 war ausschliesslich wissenschaftlicher Art.

14. F. Als was sind Sie in die Allgemeine SS eingetreten?

A. Bevor ich eintrat wurde ich zum Untersturmführer befördert. Ich habe vorher nie Uniform getragen. Ich habe auch einige Rangstufen überschlagen; denn als ich in Berlin durch den Reichsforschungsrat eine gewisse gesellschaftliche Stellung einnahm, wurde ich zum SS-Standartenführer und Oberführer befördert.

15. F. Sprechen Sie englisch?

A. Ja. Ich war 1938 in Amerika zur Internationalen Agrar-Konferenz in St. Anne-Belvue in Kanada. Anschliessend war ich im Staate Washington. Ferner auf der Universität Ithaca, wo ich einige Bekannte hatte aus meinem Fachgebiet, wie Professor BAKER und WORKER. Ich habe auch Herrn WELLS einen Besuch gemacht.

16. F. Sie waren in Washington und Ithaca; auch in New York?

A. Ja, dort sind wir gelandet und wieder abgefahren.

17. F. Knüpften Sie irgendwelche Verbindung mit Organisationen an?

A. Nein.

18. F. Kennen Sie Fritz KUBIE?

A. Nein, der Name ist mir nicht bekannt.

19. F. Wann kamen Sie das erstmal in Berührung mit dem Reichskommissar?

A. 1939 wurde ich, als der Krieg mit Polen beendet war, von HIMMLER gebeten, meine Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet der Planungswissenschaft dem Reichskommissar zur Verfügung zu stellen. Mein besonderes Arbeits- und Forschungsgebiet war landwirtschaftliche Soziologie und Siedlungswissenschaft.

20. F. Und wann sind Sie in Ihr Amt eingetreten?

A. Es war im November/Dezember 1939, da wurde das sogenannte Stabshauptamt gebildet.

21. F. Haben Sie GRIFFELT kennengelernt, das war ja Ihr Vorgesetzter?

A. Ja.

22. F. Sie kannten natuerlich auch KREUZ?

A. Ja, der ist aber erst spaeter gekommen.

23. F. Und welche Aufgaben fuhrten Sie dort aus. 1942 leiteten Sie doch das Amt VI.

A. Ich weiss nicht mehr welche Nummerbezeichnung es trug; jedenfalls war es Planung. Meine Aufgabe war, Planungsgrundsatze zu entwickeln fuer eine nach dem Krieg sich vollziehende Siedlung der eingegliederten Ostgebiete. Es sind daher auch von mir Entwuerfe gemacht worden, die auch zum Teil als allgemeine Planungsgrundsatze fuer laendliche Neuordnung Verwendung fanden.

24. F. wer war Ihr Vertreter im Amt VI (Planungsamt)?

A. Ein gewisser HEBER.

25. F. Welchen Rang hatte er?

A. Er war Obersturnfuhrer.

26. F. Erinnern Sie sich noch an die Abteilung, die Sie im Amt hatten?

A. Es war Bestandsaufnahme, Volksordnung, Raumplanung, Doefferbau, Staedtebau, Landschaftsgestaltung und -Planung.

27. F. Welche Aussenstellen hatten Sie?

A. Aussenstellen hatte ich nur in Posen; diese leitete ein gewisser Herr ZOCH.

28. F. Womit hatten Sie sich in der Abteilung Volksordnung zu befassen?

A. In der Volksordnung hatte ich damals einen Mitarbeiter aus dem Innenministerium, einen Juristen. Es ging nun in erster Linie darum, die zweckmaessigste Planung der einzelnen Verwaltungen zu schaffen; denn es konnte ja keiner im Reich, durch die teilweise sehr stark durcheinandergehenden Verwaltungsbefugnisse, diese ganzen Dinge richtig beurteilen und verstehen.

29. F. Erzuehlen Sie, welche Plaene Sie entwickelt haben und was Sie HIMMEL und anderen Leuten vorgetragen haben.

A. Ich habe in erster Linie Darstellungen gegeben, wie ein Dorf aussehen soll.

30. F. Ich will etwas von der Gestaltung des Ostens allgemein und von der Ausrottung der fremden Voelker im Osten wissen.

A. Darueber habe ich nichts geschrieben, ich kann mich nicht erinnern; es lag auch nicht in meiner Zustaanndigkeit.

31. F. Sie hatten ja die Abteilung Planung; haben Sie da keinen Plan entworfen. - Kennen Sie den "Generalplan Ost"?

A. Der Name "Generalplan Ost" ist mal eine zeitlang gefallen und sollte die Zusammenfassung der Kraefte sein, die fuer eine zweckmaessige und weitreichende Siedlungsaktion noetig waren.

32. F. Ich will von dem Generalplan Ost, den Sie entworfen haben, Einzelheiten wissen; wie er ausgearbeitet und wie er zustande gekommen ist.

A. Der Begriff "Generalplan Ost" stammt nicht von mir; denn es wurden unter "Generalplan Ost" alle Planungen fuer den Osten verstanden, im Gegensatz zu den sonstigen Reichsplanungen. Er sollte einen Ueberblick verschaffen ueber die Prozesse und den Umfang des Siedlungswerkes, dessen Finanzierung sowie die dringend zu besiedelnden Zonen. Ferner enthielt er Angaben ueber den im Altreich in den naechsten 20 Jahren freiwerdenden Bevoelkerungsueberschuss.

33. F. Ich will von Ihnen wissen, was nach dem Plan mit den Voelkern im Osten geschehen sollte; wie Germanisierung und Ausrottung. - HIMMLER hat den Plan seinerzeit beanstandet. Wer war bei den Verhandlungen dabei?

A. GRAEFELT ist dabei gewesen. Es ging damals nicht irgendwas um die Ausrottung von Voelkern im Osten. Es ging um Fragen der Zonenabgrenzung und auch um die damals noch voellig unklare Frage, was mit den deutschen Volksgruppen in der Ukraine geschehen sollte, ob sie umgesiedelt werden sollten oder nicht. Ich habe zum Beispiel eingehend dazu Stellung genommen, dass man die Transnisten Deutschen nicht umsiedeln solle, dass man ferner die Schwarzmeer Deutschen aus ihrer Streulage zusammenbringen solle.

34. F. Was war mit den Baltischen Staaten?

A. Die baltischen Staaten standen bei dem Plan gar nicht zur Debatte, sondern

35. F. Sie erinnern sich nicht, dass HIMMLER den Plan zurueckgab und Krach schlug, da er ihm nicht genuegte; dass zur selben Zeit eine genaue Zusammenstellung gefordert wurde mit Angabe der Gelder und der Siedler die notwendig waren, eingeteilt in 4 Perioden zu 5 Jahren.
- A. Die 5 Jahre haben eine Rolle gespielt. - Das Material ueber das ich verfuegte, bestand aus dem Warthegau, den eingegliederten Ostgebieten; fuer das Generalgouvernement war ich nicht zustaendig.
36. F. Sie hatten ja keine Zustaendigkeit, Sie hatten ja nur einen Plan aufzustellen.
- A. Ja. Ich bin ein an streng wissenschaftliche Arbeit gewohnter Gelehrter und habe mich niemals an der praktischen Ausfuehrung irgendwelcher Plaene beteiligt. Ich habe zum Beispiel errechnet, dass der freiwerdende Bevoeckerungsuueberschuss, vor allem in Sueddeutschland durch Vergruesserung der kleinen Hoefe, gerade ausreicht, um die eingegliederten Ostgebiete soweit wieder mit Deutschen aufzufuellen, wie dies bis 1918 der Fall war, also ein Verhaeltnis von 50 : 50 wieder herzustellen.
37. F. Und da war die Insel Krim und der Kaukasus mit eingeschlossen.
- A. Nein, der Kaukasus nicht. Hinsichtlich der Insel Krim entsinne ich mich, dass HIMMLER sagte, ob man die Suedtiroler nicht auf der Insel Krim ansiedeln koennte, dies wurde von mir seinerzeit abgelehnt.
38. F. Unsere Unterlagen zeigen, dass Sie auf die Anweisungen von HIMMLER hin absolut positiv gearbeitet und auch entsprechende neue Plaene vorgelegt haben. Es zeigt dies auch ein Brief vom 15.2.1944.
- A. Nein, ich habe keine neuen Plaene ausgearbeitet.
39. F. Sie haben im Zusammenhang mit Ihrer Landverteilung in der Abteilung Planung doch auch gewusst, was im allgemeinen geschehen ist; Sie koennen doch keine Plaene machen, ohne zu wissen was vorgeht. Wissen Sie nichts von der Zwangsevakuation von Polen?
- A. Nein. Diese Dinge habe ich erst nach dem Zusammenbruch erfahren. Ich weiss nur, dass Umiedlungen erfolgt sind, genau so wie auch jetzt solche Evakuierungen ausgefuehrt worden sind. Irgendwelche Vorschlaege, hinsichtlich Evakuierung von Polen sind nie von mir gemacht worden.
40. F. Ich spreche nicht von Ihnen, sondern von Stabshauptamt.

- A. Da kann ich versichern, dass weder von mir noch von meiner Dienststelle derartige Dinge durchgeführt wurden. Fuer unsere Planungsordnung gab es ja Land genug.
41. F. Ja, nachdem Sie Land eingegliedert und die Leute von ihrem Besitz vertrieben hatten, gab es fuer Sie Land genug.
- A. Nein, so war es nicht, denn denn waere die ganze Siedlungsaktion sehr viel einfacher gewesen, es wurde ja schwierig dadurch, dass die Leute noch da waren.
42. F. Nach Ihrem Generalplan Ost waren Sie mit dem vorhandenen freien, also unbesiedelten Gebiet auch nicht zufrieden, sondern Sie wollten das Land vollkommen mit Deutschen besetzen.
- A. Das war nicht Aufgabe des Stabshauptamtes; es hatte lediglich die Aufsiedlung in den eingegliederten Ostgebieten durchzufuehren. Im uebrigen moechte ich zu bedenken geben, dass ich ueber die Einzelheiten nicht Bescheid wusste, da ich ja meine praktische Arbeit im Reichsforschungsrat hatte.
43. F. Ich spreche wieder nicht von Ihnen, sondern ich moechte wissen, was das Stabshauptamt tat. Was wissen Sie von der Wiedereindeutschung von Polen?
- A. Soweit ich mich entsinne, hatte das Stabshauptamt auf dem Gebiet ueberhaupt keine Zustaeendigkeit. Das war ein Erlass des Innenministeriums und betraf eine Gliederung des Reste- und Siedlungsamtes.
44. F. Ich spreche nicht von der deutschen Volksliste, sondern von der Wiedergewinnung verlorenen Blutes, so nannten Sie das.
- A. Ja, der Name ist mir bekannt. Aber das Stabshauptamt hatte damit nichts zu tun.
45. F. Sie nehmen aber doch an, dass, wenn GRIFFEL eine Verfuegung heraus gibt und unterschreibt, denn zustaeendig ist.
- A. Ja. Aber diese Verfuegung kenne ich nicht.
46. F. Sie wissen nicht, wieviel Polen hereingebracht worden sind zum Zwecke der Wiedergewinnung deutschen Blutes und auch nicht, ob das Stabshauptamt damit zu tun hatte.
- A. Nein! 1943 ging das Stabshauptamt nach Schoeckelberg. Ich bin dann nur noch zwei- oder dreimal zu Besprechungen zu GRIFFEL gefahren. Ich distanzierte mich schon damals von der Arbeit, weil mir die Forschungsaufgaben auf dem

Gebiete der Erzeugungsschlecht naeher legen.

47. F. Aber Sie wissen, dass sogenannte Volksdeutsche dem Eindeutschungsverfahren unterzogen wurden.

A. Ja, das weiss ich, aber nicht im einzelnen.

48. F. Wissen Sie, auf welche Art und Weise die enorme Umsiedlung von 1939 an durchgefuehrt wurde?

A. Als meine Arbeit begann, war die Umsiedlung der Balten- und Welhyniendeutschen praktisch vollzogen. Ueber das Verfahren weiss ich keine Einzelheiten auch nicht ueber die spaetere Umsiedlung der Bessarabiendeutschen und der anderen Volksgruppen.

49. F. Erfuhren Sie, welche Teile der Bevoelkerung umgesiedelt wurden im Osten?

A. Ja.

50. F. Auch im Westen?

A. Nein. Vom Westen weiss ich nur, dass auf irgendeinen Befehl BIRGELS hin Aussiedlungen erfolgt sind; es muessen Lothriinger gewesen sein, aber wieviel es waren, kann ich nicht sagen. Weiter weiss ich, dass das Stabshauptamt - also GRUBER - sehr heftig gegen die eigenwillige Verfuegung protestiert hat. Ansonsten hatte ich mit dem Westen praktisch nichts zu tun.

51. F. Von einer Aussiedlung von Franzosen ist Ihnen nichts bekannt?

A. Nein.

52. F. Von Luxemburgern auch nicht?

A. Nein. Das ist auch alles spaeter gewesen, wo ich kaum noch mit dem Stabshauptamt Fuehlung hatte. Meine Arbeit hoerte ja auf, als die allgeweine Klearung der Grundsatze erfolgt war und als man sah, dass der Krieg laenger dauerte; meine Planungen waren ja nur fuer eine schnelle, siegreiche Beendigung des Krieges gedacht.

53. F. Und Sie nehmen an, dass sich alle Voelker im Osten gefreut haetten, wenn Ihre Plaeane durchgefuehrt worden waeren.

A. Insofern glaube ich schon, dass es zu einer Befriedigung des Ostens haette fuehren koennen, als es ja in erster Linie darum ging, das Interesse der Polen und der anderen Voelker wahrzunehmen. Es war ja so, dass in den letzten 50 Jahren alle west-orientiert waren und den Osten vernachlaes-

wigten. Ich bin ja auf die Osterbeit durch meinen Lehrstuhl in Berlin gekommen. Da sah ich, dass diese Ost-Elbe-Gebiete ein ständiges Notstandsgebiet waren, weil man sie nicht genügend mit Industrie durchsetzt hatte.

54. F. Ja, ich will aber von Ihnen etwas ueber die Volkszusammensetzung des Ostens wissen. Sie hatten ja in Ihrem Amt Planung eine Abteilung, deren Aufgabe es war, die anderen rauszuschmeissen und die Deutschen reinzusetzen.

A. Ich habe Ihnen vorhin schon versichert, dass es Aufgabe der Volksordnung war, geeignete Verwaltungen fuer die zu besiedelnden Gebiete zu schaffen, unter denen die Anwoessigen ausschliesslich die gleiche Behandlung erfuehren wie die Uagesiedelten selbst.

55. F. Sie haben also vorgeschlagen, dass die Fremdvoelker dortbleiben und nicht evakuiert werden sollen?

A. Ja. Das andere ist gar nicht beruehrt worden.

56. F. Dann wollen wir uns das naechste Mal ueber das unterhalten, was Sie wirklich in den einzelnen Faellen gemacht haben.

RESTRICTED

2-1002-10

Juliang 26.6.17

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

RESTRICTED

Interrogation No. 1245/A

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1948/56

Vernehmung des Konrad MAYER-REIFLING  
am 20.6.1947 von 14,00 - 16,00 Uhr  
durch: Hr. Fred HORNEL.  
auf Antrag von: Hr. SCHLIER - SS-Section  
Stanggriffin: Frl. Marianna SCHLIER

1. Fr. Wie ist Ihr voller Name?

A. Konrad MAYER-REIFLING.

2. Fr. Sie sind von mir schon einmal verurteilt worden; sind Sie sich bewusst, dass Sie auch heute noch unter Eid stehen?

A. Ja.

3. Fr. Was war die Aufgabe GRIFFEL's?

A. Als der Reichskommissar, durch Erlass vom Oktober 1939, geschaffen wurde, ist GRIFFEL von HERRER mit der Leitung des sogenannten Staatshauptamtes beauftragt worden.

4. Fr. Was war seine Aufgabe?

A. Die Ansiedlung der ungelobelten Volksdeutschen im Warthegau und in den durch Reichsgesetz eingegliederten Ostgebieten voranzutreiben.

5. Fr. Welches Gebiet wurde ausschließlich von GRIFFEL bearbeitet?

A. In erster Linie die wirtschaftliche Stärkung der ungelobelten Volksdeutschen, da sie je mehr das Vermögen schienen.

6. Fr. Wer war GRIFFEL's Stellvertreter?

A. Rudolf GRUBZ.

7. Fr. Die beiden teilten sich doch guisvermessen die Aufgaben?

A. Eine solche Arbeitsteilung hat eigentlich nicht stattgefunden. Es war mehr

- A. Ja; GRUBER war Kopf der Sache und GRUBER war die Hand.
9. Fr. Konnte GRUBER in seiner Position selbständig handeln?
- A. Ich glaube schon, dass er es in vielen Punkten konnte; aber in grundsätzlichen Punkten konnte er es wieder nicht, weil der Reichsleiter die Tendenz hatte, immer selbst zu entscheiden.
9. Fr. Ist Ihnen nicht bekannt, dass GRUBER selbständig gehandelt hat?
- A. Ja. Aber er konnte z.B. keine Beschlüsse bestimmen. Ich kann nicht so sicher Auskunft geben, da ich an den Dingen die während des Krieges stattfindenden weniger beteiligt war; meine Aufgabe war mehr eine Nachkriegsaufgabe und ich habe daher an den vielen Abstimmungsgesprächen, wo kulturelle Fragen behandelt wurden, nicht teilgenommen.
10. Fr. Wie sollen die Sache rekonstruiert werden; GRUBER war der Beauftragte HIMMLER's für den Stabschefposten.
- A. Ja, der vierte Teil des Reichskommissars.
11. Fr. Als Beauftragter hatte er die Vollmacht, im Namen des Reichskommissars zu handeln?
- A. Nur auf den Sektor des Stabschefpostens, im Rahmen der Festigung der schon ausgesiedelten Volkendeutschen.
12. Fr. Im Rahmen des Stabschefpostens konnte GRUBER selbständig Anordnungen treffen?
- A. Ja.
13. Fr. Wie weit erstreckte sich das Aufgabengebiet auf die unorganisierten Organisationen, wie DDF, VOMI usw.?
- A. Die VOMI war nicht unorganisiert, sie war ein selbstentworfener Teil des Reichskommissars, somit konnte er dieser keine Anordnungen geben. Der DDF konnte er wohl Anregungen geben (er war dort Vorstandsmitglied), die dann im Vor-

A. stand erregt wurden; aber Anordnungen oder Befehle konnte er, soweit ich mich entsinnen kann, auch in diesem Fall nicht geben. Andere angegliederte Verbände gab es nicht.

14.Fr. Welches spezielle Aufgabengebiet wurde von GRUNT behandelt?

A. GRUNT hat mehr die Innere Verwaltung gemeint; seine Tätigkeit entsprach der eines Stabsleiters. Eigene Anweisungen konnte er nicht geben; vielleicht war das später möglich, als GRUNTS oft krank war.

15.Fr. Entweder unternehmen Sie GRUNT oder er überreichtet sich selbst sehr.

A. Ich habe jedenfalls keinen stichtenden Eindruck gehabt. Er war mit GRUNTS sehr befreundet, ich glaube, sie kannten sich schon früher.

16.Fr. Die Anordnungen die GRUNTS herausgab, wurden die im Namen RINDELER's herausgegeben?

A. Ja, als Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums. GRUNTS hatte das Recht "Im Auftrage" zu schreiben.

17.Fr. Von was war die Aufgabe der VOMI?

A. Aufgrund der Stabsverträge auszuhebeln, die Umsiedler in die Lager zu bringen, die Lager zu verwalten, die Umsiedler in den Lagern zu versorgen. Sie unterhielt ferner die Verbindung der Volkswanderer mit dem Heimatland, die kulturelle und wirtschaftliche Verbindung, die eine grosse Rolle gespielt hat.

18.Fr. Die VOMI war beauftragt mit der Erfassung der Umsiedelnden und mit der Ueberwindung selbst, bis zu welchem Stadium?

A. Bis in die Lager und die Lager unterstanden ihr noch. Dann setzte die Tätigkeit des Presse- und Ueberwachungshauptamtes, die eine Ueberwachung der Leute vornahm, und dann die des Stabshauptamtes ein.

19.Fr. Die Zusammenarbeit zwischen VOMI, Presse- und Ueberwachungshauptamt, Stabshaupt-

und und SS. war sehr eng?

A. Die hatte eigentlich sein sollen, war aber nicht der Fall. Das war ja ein totaler Zug HINDEL's, den Reichskommissar zu verdrängen und die Weiterführung des Obergruppenführers zu überlassen; von einer idealen Zusammenarbeit konnte man da nicht sprechen. Unter die Arbeitsteilung gab es gewisse Richtlinien, wo die Aufgaben der VOMI aufhörten und die des Stabshauptmanns einsetzten.

20.Fr. Diese zwei Ämter liefen wie zwei Zahnräder ineinander, also mussten sie eng zusammenarbeiten.

A. Ja.

21.Fr. Und insoweit hat nun die VOMI mit dem Stabshauptmann zusammengelebt?

A. Nur durch die beiden Chefs, BREINER und LÖNNER, dieser meist vertreten durch BRUNNEN.

22.Fr. Können Sie die Tätigkeit Heines BRUNNEN's an.

A. Ich habe BRUNNEN erst im Lager Hoesburg kennengelernt und auch von seiner Arbeit in der VOMI vorher nichts gewusst.

23.Fr. Ist Ihnen bekannt, dass BRUNNEN der Verbindungsmann zwischen VOMI und Stabshauptmann war, insbesondere im Fragen VOMI - Stabshauptmann?

A. Nein, mit diesem Kongreten Dingen hatte ich nichts zu tun; ich war Professor und bin hier und da nur aufgeführt worden Gutachten abzugeben.

24.Fr. Tätigkeit von SOLIMANN bezug. des Reser- und Siedlungshauptmann mit dem Stabshauptmann verbunden?

A. Das weiß ich nicht. Ich habe SOLIMANN erst im Lager Hoesburg kennengelernt.

25.Fr. Und was wissen Sie von SCHWARZBERGER?

A. Das kenne ich aus seiner Tätigkeit als Leiter der Finanzabteilung des Stabshauptmanns.

26.Fr. Insoweit war SCHWARZBERGER unter die wesentlichen Funktionen des Stabshauptmanns?

weise unterrichtet, ich meine nicht nur die finanzielle Seite!

A. In den Dingen die irgendwie die finanzielle Seite berührten war er grundsätzlich bewandert. Und dadurch, dass er mit GRIEFFEL oft zusammen war, muss er über die meisten Dinge unterrichtet gewesen sein; aber nicht auf dem allgemeinen Standpunkt, sondern mehr durch Ausrede. Ich hatte nichts mit SCHWARZENBERGER zu tun, da meine Abteilung kein Geld von Stabschefamt bezogen hat, auch der grösste Teil meiner Mitarbeiter nicht.

27.Fr. Wurden Sie mir verpflichtet, wenn ich sage, dass SCHWARZENBERGER über wesentliche Tätigkeiten des Stabschefsamt voll unterrichtet war?

A. Jedenfalls ist er über den grössten Teil der Vernehmungen unterrichtet gewesen.

28.Fr. Geben Sie mir einen Überblick, inwieweit das Bresse- und Stabschefamt, die Volksdeutsche Mittelstelle und das Stabschefamt an der Wiedereindeutschung von Polen beteiligt war.

A. Besser kann ich mir wenig sagen, da diese Tätigkeit erst später und zwar 1942/43 einsetzte, damals war mein Verhältnis zum Stabschefamt ziemlich schon sehr getrennt; das Stabschefamt war in Schneidelsberg und ich in Berlin. Ich bin überhaupt erst in den letzten Vernehmungen darauf aufmerksam gemacht worden, dass ein Unterschied zwischen der Deutschen Volksliste und der Bestrebung, sogenanntes verlorenes Volkblut wieder zu gewinnen bestand. Ich habe immer angenommen, das sei alles Volklistentätigkeit gewesen.

29.Fr. Auf die Deutsche Volksliste können wir noch zu sprechen. Jetzt meine ich die Wiedereindeutschung von Polen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollten. War diese Aktion freiwillig?

A. Soweit ich mich erinnere, muss es sich um eine freiwillige Aktion gehandelt haben. Es gibt ja in jedem Volk eine sogenannte Schwachsicht.

30.Fr. Was wissen Sie über die Deutsche Volksliste?

A. Ich weiß, dass sie als Gesetz des Innenministeriums hervorgehen und dass mit der Deutschen Volkliste sich fuer diejenigen Polen, die dem Deutschen ausgesetzt waren, die Möglichkeit bot, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Die Handhabung ist, wie ich erfahre, wohl sehr verschieden gewesen, in Pommern-Westpreussen großzügiger als in Posen.

31.Fr. Welchen Vorteil hatten diese Leute dabei?

A. Ich glaube schon allein, dass sie zum deutschen Volkstum gehörten und nicht das P so tragen bruchten, was fuer die Polen immerhin als Degradierend galt; sie konnten den deutschen Organisationen angehören, vor allem der Arbeitsfront; sie nahmen auch anderen Vorzügen, wie Winterhilfe, teil. Auf der anderen Seite war auch, wie sich herausstellte, dass sie auch Soldat werden sollten, die Neigung nicht mehr so gross. Ich weiss auch nicht, ob sie alle gleich Soldat geworden sind; mir ist nur erinnerlich, dass 1943/44 darüber geklagt wurde.

32.Fr. Haben Sie unter den Vorteilen nicht die Wiedergewinnung des beschlagnahmten Vermögens vergessen?

A. Sicher haben Beschlagnahmungen stattgefunden, aber keine Eigentumsentwendungen. Es handelte sich ja zumiel nur um kleine Beträge und die lebten genau so auf ihren Höfen weiter, als wenn sie noch ihnen gehörten, oft wussten sie nicht einmal etwas.

33.Fr. Die Höfe sind aber doch fuer die Umsiedler gebraucht worden?

A. Die Höfe konnten aber auf ihren Höfen bleiben, auch wenn ein Umsiedler als Treuhänder eingesetzt wurde, das ist jedenfalls bei den Höfen der Fall gewesen, die grundbuchlich noch deutsche Höfe waren, die anderen sind vom Ernährungsministerium in deutscheische Verwaltung gekommen worden. Die grossen Betriebe standen ja doch meist leer, da die Grossgrundbesitzer geflohen waren.

34.Fr. Und was war der Zweck?

A. Die Landwirtschaft, deren Leistungsniveau sehr mangelhaft war, durch Treuehändler und gute Wirtschaftskräfte aus dem Reich auf die Kriegsernährungswirtschaft abzurufen, zumal auch gewisse Gefahr bestand, dass Arbeitstage gestrichen würde.

35.Fr. Inwieweit war das Rasse- und Siedlungshauptamt, die VOMI und das Stabshauptamt an der deutschen Volksliste beteiligt?

A. Über die Verbindungen des Rasse- und Siedlungshauptamtes kann ich nichts genaues sagen; ich glaube, durch die S.S.R. hatten sie damit zu tun. Das Stabshauptamt hatte offiziell gar nichts damit zu tun. Lediglich WEISSICH und GRUBER war im Obersten Gerichtshof vertreten, wenn Schwierigkeiten zu klären waren.

36.Fr. Trotzdem war die Zusammenarbeit dieser Stellen eine ziemlich enge?

A. Im vorliegenden vielleicht, im Gesamt-Wehrwesen überhaupt nicht. Im allgemeinen auch nicht, denn diese Funktionen wurden von den Gebern sehr souverän gehandhabt, sie bei allen Fragen immer beratschlagt werden musste, dass wir sehr selbstherrliche Geleiter hatten, die unmittelbar WEISSICH angingen, wenn sie etwas wollten und dabei die Berliner Dienststellen überlagern oder sie nur vor vollendete Tatsachen stellen.

37.Fr. Von wo aus und wohin gingen die Umsiedlungen?

A. Die Umsiedler aus Volhynien in die Lager nach Litzenstadt, von dort wo wurden sie verteilt in die Gebiete, die boden- und klimamässig dem Volhynien am nächsten waren; sie wurden zunächst auf den freien Höfen oder auch bei Polen selbst untergebracht. Die Umsiedler aus den Balkan- und Bessarabien die grossen Landansprüche stellten, kamen zunächst in die Besatzung von Polen und wurden dann von der Ostland-Wehr. als Treuehändler eingewiesen, aufgrund geschäftlicher Wirtschaftsverträge. Die Bessarabien-Umsiedler kamen auch

1. erst in Lager, sind dann aber nur noch zum Teil eingesetzt worden und zwar in Verträgen und in Danzig-Westpreussen, weil es damals schon sehr viel schädlicher war, die Leute unterzubringen. Man scheute sich auch davor, weitere Evakuierungen vorzunehmen, da sie ja Urteile unter den Polen hervorgerufen hätten. Ein Teil der Reservisten ist später auf Hoefe in Altreich gekommen. Die Litauer waren größtenteils fuer Danzig-Westpreussen bestimmt, sind dann aber, bevor sie auf Hoefe untergebracht werden konnten, wieder an ihre alten Plaeztes zurueckgefuehrt worden. Das ist, soweit ich sich entsinne, alles, was an Ostvolkern ungeschieht worden ist.

Von den Umsiedlungen in Mearien und in der Steiermark erfuehr der Staatspräsident erst, nachdem sie bereits erfolgt waren, auf besondere Anweisung der OTK. hin.

Ueber den Westen weiss ich an allergeringsten Bescheid, da ich mich mit den Western fast gar nicht beschaeftigt habe. Es sind dort durch Eigenmachtigkeiten DEUTSCHE Umsiedlungen erfolgt. Es sollen auch aus Frankreich sogenannte West-ohre ungeschieht worden sein, aber ueber den Umfang bin ich nicht im Bilde.

38.Fr. Ist Ihnen bekannt, dass eine Umsiedlung von Lothringen und Luxemburg nach dem Reich stattfand?

A. Nein, das weiss ich nicht.

39.Fr. Hat die fuer die Ostumiedler das Recht der Option gegolten?

A. Ich glaube nicht, weil sie ja meistens zu 100% fuer uns ausgefallen waere.

40.Fr. Die Leute wurden also erfasst ohne jede Option?

A. Es wurde die ganze Gruppe ins Reich zurueckgefuehrt.

41.Fr. Vor hat man festgestellt, wer sich zum Reich-zuzug bekannte und wer nicht?

Hat das eine der Russen gelten?

A. Ich glaube, das es einem bestimmten Terrain mussten sie sich melden und wer

- A. Umstellung bereithalten, das ist wohl eine Art Option gewesen.
- 42.Fr. Wie weit wurden sie zur Vorfertigung, Vorkonzepte usw. herangezogen?
- A. Ich glaube in dem Masse, wie die Betriebsstellen.
- 43.Fr. Hat zur Arbeit wurden sie erfasst, wie die Osterbeiter?
- A. Nein, sie waren ja meist auf ihren Maschinen, nur soweit sie sich in den Lagern befanden sind sie erfasst und auch eingesetzt worden.
- 44.Fr. Also sie wurden zur Arbeit herangezogen und auf Arbeitsplätzen verpflichtet?
- A. Wie das in Einzelnen vorlag, kann ich nicht sagen, das lag völlig ausserhalb meines Blickfeldes.
- 45.Fr. Was ist Ihnen bekannt von Abteilungen bei Osterbeiterinnen?
- A. Neben wem ich nichts.
- 46.Fr. Wussten Sie, dass der Innen- und Siedlungshauptamt, die Volkswirtschaftliche Mittelstelle und das Staatshauptamt damit zu tun hatte?
- A. Nein.
- 47.Fr. Welche Verbindung hatte Ihre Dienststelle zur Haupttreibstoffstelle Ost?
- A. Die HFO. hatte die gesamte Beschlagsnahme der nicht-landwirtschaftlichen Betriebe mit auch deren Verwaltung. Die Zusammenarbeit mit der HFO. vollzog sich im Amt Wirtschaft des Staatshauptamtes. Ueber die Einzelheiten der Zusammenarbeit musste Ihnen der Leiter der Abteilung Wirtschaft, Rechtsanwalt GONZ, Auskunft geben können.
- 48.Fr. Und was hat Ihr eigenes Amt damit zu tun gehabt?
- A. Gar nichts.
- 49.Fr. Welche Beschlagsgebühren wurden durch die HFO. vorgenommen?
- A. Soweit ich mich entsinne, galten alle Betriebe, die nichtlandwirtschaftlicher Natur waren, wie Friseur, Schneider usw., als beschlagspflichtig.
- 50.Fr. Wie wurden die Umsiedler mit Kleidern, Habseln usw. versorgt?
- A. Darüber bin ich wenig unterrichtet, das musste Ihnen GONZ/NEUBAUER besser

A. sagen können als ich.

51.Fr. Wissen Sie was die Glattsektion war?

A. Nein.

52.Fr. Haben Sie nie gehört, dass Kleider und Hosen aus Ghetto und KZ's gemacht und fuer Wehrdienst verwendet wurden?

A. Nein. Aber es ist leicht möglich, dass Sachen in den KZ-Veranstalten hergestellt worden sind.

53.Fr. Erzählen Sie mir, was der Generalplan Ost darstellte?

A. Das war eine Zusammenfassung der einzelnen Plannungen, wie sie sich aufgrund der gemeinsamen Zusammenstellung ergaben. Der Begriff: Generalplan Ost ist von HIMMLER geschaffen worden, diese Bezeichnung war aber falsch. Somit ich damit nie tun sollte, was es ein Gutachten, obwohl Deutsche in den bisher eingegliederten Ostgebieten nach dem Krieg angesiedelt werden konnten und in welchen Stappen man die Besiedlung des Gebietes vornehmen konnte. Aus diesem Grunde bin ich, da ich wusste, dass HIMMLER die Leistungsfähigkeit des Reiches weit überschätzte, sowohl davon ausgegangen, dass die Leistungskraft des Reiches über die bisher eingegliederten Ostgebiete in den nächsten 20 Jahren gar nicht hinausgehen kann. .

54.Fr. Der Auftrag zur Herstellung des Generalplans Ost wurde Ihnen von HIMMLER durch GERTFELDE erteilt?

A. Nein. Ich wurde 1939 von Reichsführer HIMMLER gebeten, mich mit meinem Erfahrungs fuer die Besiedlung zur Verfügung zu stellen. Ich habe auch nie eine Bestätigung bekommen, dass ich mit der Planung beauftragt sei. Ich habe von mir nur einen Überblick an HIMMLER gegeben, um ihm darzulegen, dass die eingegliederten Ostgebiete gerade dem Leistungsvermögen des Deutschen Volkes entsprechen.

55.Fr. Sie sind aber doch mit einem bestimmten Auftrag zu dieser Organisation ge-

Rennen.

A. Ja, indem REHMANN mich aufforderte, ihn als Sachverständiger zur Verfügung zu stehen.

55.Fr. Wie weit war SCHNEIDER über den Generalplan mit unterrichtet?

A. SCHNEIDER war über alle Einzelheiten unterrichtet; GRÖTTZ naturlich auch; SCHNEIDER nicht. Ich habe den Plan seinerzeit abgegeben, dann aber nichts mehr davon gehört. Nimmal bin ich zu einer Besprechung bei REHMANN gewesen (ich habe ihn nur zwei- oder dreimal während des Krieges gesehen, ich glaube das letztmal 1942), dort stand vor allem, ob die Transnistrier-Deutschen umgesiedelt werden sollten (was mit dem Plan absolut nichts zu tun hatte), ob die Baltien-Deutschen wieder zurückgesiedelt werden sollten und wie man die Volksgruppen in der Ukraine behandeln sollte. Auf die Fragen, die im Generalplan angeschnitten waren, ist man gar nicht eingegangen.

57.Fr. Was war damals das Programm dieser Leute?

A. REHMANN wollte die Transnistrier-Deutschen auf die Krim bringen bzw. nach Galizien; das Propagandaministerium drängte darauf, dass diese Gebiete wirtschaftlich besser ausgenutzt werden. Die Volksgruppen in der Ukraine sollten aus ihrer Verdrängung herausgebracht werden, sie sollten zwar bleiben, aber geschlossen untergebracht werden und man sollte sie mit den Ukrainern ihre Köpfe stoßen. Aber ein fertiger Plan ist das nicht gewesen, sondern mehr ein Gedanken theoretischer Natur, über das noch nicht mehr diskutiert wurde.

58.Fr. Wann ist Ihr Plan in Kraft getreten?

A. Niemals. Das war ja ein Nachkriegsplan; ein Plan, der gewisse Richtlinien bringen sollte, nach Ansiedlungszone.

59.Fr. Was waren Ihre Planungsaufgaben im Rahmen des Stabshauptquartiers?

A. Die Richtlinien und Prinzipien fuer eine Besiedlung der neuen Gebiete nach dem Krieg festzulegen, die denn auch veroeffentlicht wurden und zwar in den Planungsgrundrissen fuer den Städtebau und in den Planungsgrundrissen fuer Landschaftsgestaltung. Nachdem die Gebiete eingegliedert waren, war mein Grundgedanke bei der ganzen Besiedlung des Gebietes, nicht Menschen herauszunehmen sondern, durch Verroberung der Industrie, wesentlich mit Menschen zu fuehlen.

60.Fr. Was haben Sie mit Besiedlungsmaßnahmen zu tun gehabt?

A. Nichts. Ich hatte ja auch gar keine Exekutiv-Gewalt.

RESTRICTED

61. Fr. Ich fasse jetzt das von Ihnen Gesagte noch einmal kurz zusammen und Sie antworten mir mit Ja oder Nein, ob es sich so verhält oder nicht.

Sie sagten:

1. GRUHNIT war mit der Leitung des Stabshauptzentes beauftragt.

A. Ja.

2. Und befasste sich mit der Anweisung der umgewandelten Volksguppen in den eingegliederten Ostgebieten.

A. Ja.

3. GRUHNIT war der Kopf, SCHULTZ die Hand.

A. Ja.

4. GRUHNIT konnte in Rahmen des Stabshauptzentes selbständig handeln.

A. Ja.

5. Und auch gewisse Anregungen der STY geben.

A. Ja.

6. Die VOMI hatte die Aufgabe, die Umstürzler zu erkennen und dann in den Lagern zu betreuen.

A. Ja.

7. Die Zusammenarbeit zwischen Stabshauptzent, VOMI und Reichswehrrichtshauptamt war eine ertragreiche.

A. Ja.

8. Die Zusammenarbeit VOMI - Stabshauptzent wurde von Seiten des Stabshauptzentes durch GRUHNIT, von Seiten der Volksdeutschen Mittelstelle durch LORING/BEHRENS geführt.

A. Ja.

9. SCHWARZENBERGER war sicherlich mit den wesentlichen Aufgaben des Stabshauptzentes weitgehend vertraut.

A. Ja.

- 10. GHEIBEL gehörte dem Obersten Prüfungsausschuss für Volkswirtschaftler an.  
A. Ja.
- 11. Im Osten war n.W. das Recht der Optimierung nicht gegeben.  
A. Ja.
- 12. Die Umsiedler wurden zu den gleichen Dienstleistungen wie die Reichsdienstleute (Vehrwacht, Waffen-SS, O.T.) und zur Arbeit herangezogen.  
A. Ja.
- 13. Verbindung zwischen Statshauptamt und HTD, war nur durch das Amt Wirtschaft gegeben.  
A. Ja.
- 14. Alle nicht-landwirtschaftlichen Betriebe unterlagen dem Beschlagnahmerecht der HTD.  
A. Ja.
- 15. Zweck des Generalplans Ost war ein Studium, wieviele Deutsche in dem bisher eingegliederten Ostgebiet nach dem Krieg angesiedelt werden können, im Zeitraum von 25 Jahren.  
A. Ja.
- 16. Der Generalplan Ost war das Ergebnis von Besprechungen mit HEINLEN und GHEIBEL und die Schlussfolgerung aus den allgemeinen Planungsvoraussetzungen.  
A. Ja.
- 17. GHEIBEL und HEINLEN waren mit dem Plan vertraut.  
A. Ja.
- 18. Keine Planungsaufgabe im Statshauptamt war, die Richtlinien für die Besiedlung der neuen Ostgebiete festzulegen.  
A. Ja.
- 19. Ich selbst war mit der Leitung des Zentralbediensteten vorübergehend beauftragt, etwa von Mitte 1940 bis ungefähr 1941.

A. Jc.

20. Die Aufgabe des Zentralbureaus vor die Erfassung und Registrierung des beschlagnahmten Grundbesitzes und Klärung der grundrechtlichen Verhältnisse.

A. Jc.

RESTRICTED

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

20. 10. 46

hist. Arch. v.  
28.6.47

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

EIDESSTATTLICHE ERKLAERUNG

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1948/56

Ich, Konrad MEYER-HETLING, schwore, sage aus und erkläre:

1. Ich bin am 15.5.1901 in Salzderhelden Kreis Einbeck (Deutschland) geboren. Von 1907 bis 1910 besuchte ich die Volksschule in Salzderhelden. Anschliessend bis 1919 das Realgymnasium mit Abiturabschluss in Einbeck. Bis Herbst 1921 war ich in der landwirtschaftlichen Lehre. Vom Herbst 1921 bis 1925 studierte ich Landwirtschaft, Botanik und Volkswirtschaft an der Universitaet Goettingen und promovierte zum Dr.phil. Von 1925 bis 1927 war ich landwirtschaftlicher Beamter in der Naehе von Breslau/Schlesien; davon das letzte halbe Jahr auf einem Versuchsgut als wissenschaftlicher Assistent des Instituts fuer Pflanzenbau bei der Universitaet Breslau. Von 1927 bis 1930 wissenschaftlicher, planmaessiger Assistent an der Universitaet Goettingen; zugleich Vollendung botanischer und volkswirtschaftlicher Studien. 1930 Habilitation zum Lehrberechtigten auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Von 1930 bis 1934 Privatdozent in Goettingen und Anschliessend Berufung an die Universitaet Jena. Mit meiner Berufung nach Jena bekam ich zugleich vom damaligen Preussischen Kultusministerium die Aufgabe, die Organisation der landwirtschaftlichen Forschung zu foerdern, Vorschlaege ueber Ausbau und Landwirtschaft zu machen. Durch diese Taetigkeit bin ich von der im Jahre 1931 geschaffenen Reichsarbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Wissenschaften zum Vorsitzenden gewaehlt worden. Diese Organisation habe ich dann in den sogenannten "Landwirtschaftlichen Forschungsdienst" ausgebaut. 1932 trat ich der NSDAP bei mit der Mitgliedsnummer 968.000. Im Winter 1933 trat ich der SS bei mit der Mitgliedsnummer 76.000. Mein letzter Dienstgrad in der SS war Oberfuehrer. Ferner gehoerte ich dem NS-Dozentenbund und dem NS-Altherrenbund an. 1939, nach Beendigung des Polenfeldzuges, wurde ich vom Reichsfuehrer SS HIMMLER

aufgefordert, mich dem Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums zur Verfuegung zu stellen. Durch meine dortige Taetigkeit bin ich in der Lage folgende Erklaerung abzugeben:

2. Das Stabshauptamt, mit dessen Leitung Ullrich GREIFELT beauftragt war, <sup>unter anderem</sup> befasste sich mit der Ansetzung der umgesiedelten Volksgruppen in den eingegliederten Ostgebieten. Der Stellvertreter GREIFELT's war Rudolf CREUTZ. GREIFELT konnte im Rahmen des Stabshauptamtes vollkommen selbstaendig handeln.
3. Die Volksdeutsche Mittelstelle hatte u.a. die Aufgabe, die Umsiedler zu erfassen und dann in den verschiedenen Lagern zu betreuen. Die Zusammenarbeit zwischen der Volksdeutschen Mittelstelle und dem Stabshauptamt wurde von Seiten des Stabshauptamtes durch Ullrich GREIFELT und von Seiten der Volksdeutschen Mittelstelle durch Werner LORENZ und ..... BEHREND'S gefuehrt. GREIFELT gehoerte u.a. auch dem Obersten Pruefungshof fuer Volkstumsfragen an. Otto SCHWARZENBERGER war mit den sachlichen Aufgaben des Stabshauptamtes weitgehend vertraut.
4. Bei den Umsiedlungen aus dem Osten war den Umsiedlern das Recht der Option nicht gegeben. Die Umsiedler wurden selbstverstaendlich zu den gleichen Dienstleistungen, Wehrmacht, Waffen-SS, Organisation Todt und zur Arbeit, wie die Reichsdeutschen herangezogen.
5. Die Verbindung zwischen dem Stabshauptamt und der Haupttreuhandstelle Ost war durch das Amt Wirtschaft gegeben. Alle nicht-landwirtschaftlichen Betriebe unterlagen dem Beschlagnahmerecht der Haupttreuhandstelle Ost.
6. Der Zweck des Generalplans Ost, welcher von mir entworfen wurde, war ein Studium um festzustellen, wieviel Deutsche in den eingegliederten Ostgebieten nach dem Krieg angesiedelt werden koennen, in einer Zeitspanne von 25 Jahren. Der Generalplan Ost war das Ergebnis von Besprechungen mit HIMMLER, GREIFELT usw. und die Schlussfolgerung aus den Allgemeinen Planungsgrundsuetzen. Selbstverstaendlich war GREIFELT und CREUTZ mit meinem Plan vertraut. Kp 1/26

eigentliche Planungsaufgabe im Rahmen des Stabshauptamtes war, die Richtlinien fuer die Besiedlung der Ostgebiete festzulegen. Ich selbst war ab November 1939 Leiter der Amtsgruppe C des Stabshauptamtes und zusaetzlich, von etwa Mitte 1940 bis ungefaehr Mitte 1941, mit der Leitung des Zentralbodenamtes beauftragt. Die Aufgabe des Zentralbodenamtes war die Erfassung sowie Registrierung des beschlagnahmten Grundbesitzes und die Klaerung der grundrechtlichen Verhaeltnisse.

Ich habe obige Aussage, bestehend aus 3 Seiten, in deutscher Sprache gelesen und erklare, dass dies die volle Wahrheit nach meinem besten Wissen und Glauben ist. Ich hatte Gelegenheit, Aenderungen und Berichtigungen in obiger Erklaerung zu machen. Diese Aussage habe ich freiwillig gemacht, ohne jedwedes Versprechen auf Belohnung und ich war keinerlei Zwang oder Drohung ausgesetzt.

Nuernberg, den 28. Juni 1947.

.....  
(Unterschrift)

Before me Fred RODELL U.S.Civilian, identification number AGO-D 432576, Interrogator, Evidence Division, Office of Chief of Counsel for War Crimes, appeared Konrad MEYER-HETLING to me known, who in my presence signed the foregoing statement (EIDESSTATTLICHE ERKLAERUNG) consisting of 3 (three) pages in the German language and swore that the same was true on the 28 day of June 1947 in Nuremberg Germany.

.....